

No. 58415*

—
**Peru
and
Germany**

Agreement between the Republic of Peru and the Federal Republic of Germany on the promotion and reciprocal protection of investments (with protocol). Lima, 30 January 1995

Entry into force: *1 May 1997, in accordance with article 12(1)*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Peru, 12 September 2024*

**No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

—
**Pérou
et
Allemagne**

Accord entre la République du Pérou et la République fédérale d'Allemagne sur la promotion et la protection réciproques des investissements (avec protocole). Lima, 30 janvier 1995

Entrée en vigueur : *1^{er} mai 1997, conformément au paragraphe 1 de l'article 12*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : *Pérou,
12 septembre 2024*

**Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[TEXT IN GERMAN – TEXTE EN ALLEMAND]

Vertrag
zwischen
der Republik Peru
und
der Bundesrepublik Deutschland
über
die Förderung und den gegenseitigen Schutz von
Kapitalanlagen

Die Republik Peru
und
die Bundesrepublik Deutschland
(nachfolgend "die Vertragsparteien" genannt) -

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Wohle beider Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer der Vertragsparteien im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren-

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff "Kapitalanlagen" alle Arten von Vermögenswerten gemäß der Gesetzgebung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wird, insbesondere, aber nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Aktien oder Anteilsrechte an Gesellschaften sowie andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;

- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen oder vertraglich vereinbarte Ansprüche sowie gesetzlich begründete Rechte auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Rechte des geistigen und gewerblichen Eigentums wie Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, patentierte oder nicht patentierte technische Verfahren und Kenntnisse, technische Unterlagen und Anweisungen, Know-how und Goodwill;
- e) Konzessionen, die durch Gesetz oder Vertrag von den Vertragsparteien oder ihren öffentlichen Körperschaften für die Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit vergeben werden, einschließlich der Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen für natürliche Ressourcen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

- 2. bezeichnet der Begriff "Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage entfallen, wie Gewinnanteile, Zinsen, Dividenden, Lizenz- und andere Entgelte;
- 3. Bezeichnet der Begriff "Staatsangehörige"
 - a) in Bezug auf die Republik Peru:
Peruaner im Sinne der Politischen Verfassung Perus,
 - b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

4. bezeichnet der Begriff "Gesellschaften" juristische Personen, Gesellschaften bürgerlichen Rechts und Handelsgesellschaften sowie sonstige Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei fördern und sie in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Gesetzgebung vorgenommen werden, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalkanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Staatsangehörige oder Gesellschaften der

anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige oder Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone, wegen ihrer Assoziierung damit oder wegen ähnlicher internationaler Vereinbarungen einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen und Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit diesem Vertrag von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei vorgenommen wurden, dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertrags-

partei nur wenn es das öffentliche Wohl erfordert und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen.

(3) Die Entschädigung muß dem Wert der Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein.

(4) Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme, die Höhe der Entschädigung und alle anderen damit in Zusammenhang stehenden Fragen müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(5) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand, Kriegsrecht oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(6) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere:

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c genannten Darlehen sowie der darauf entfallenden Zinsen;
- d) des Erlöses im Fall der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der Entschädigungen nach Artikel 4.

(2) Der Transfer erfolgt unverzüglich und ohne Beschränkungen in einer frei konvertierbaren Währung zu dem jeweils gültigen Kurs. Dieser Kurs darf nicht wesentlich vom Kreuzkurs (cross-rate) abweichen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für nicht kommerzielle Risiken einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der ande-

ren Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in die Rechtsstellung des vorherigen Inhabers nach Grund und Höhe an. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gilt Artikel 5 dieses Vertrags.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus Übereinkünften, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für die Angelegenheiten, die sich nach Inkrafttreten dieses Vertrags in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in

Übereinstimmung mit deren Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien auf diplomatischem Wege beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt. Beide Mitglieder einigen sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit

einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit; seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Haben ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft einer der Vertragsparteien und die andere Vertragspartei eine Streitigkeit einem zuständigen internationalen Schiedsgericht oder dem zuständigen Gericht dieser Vertragspartei nach den Bestimmungen des Artikels 10 dieses Vertrags unterbreitet, wird die erstgenannte Vertragspartei in derselben Angelegenheit kein Streitlichtungsverfahren nach diesem Artikel einleiten, es sei denn, die andere Vertragspartei befolgt den Schiedsspruch oder vollstreckt das Urteil nicht.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen im Sinne dieses Vertrags zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit im Sinne von Absatz 1 nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Streitparteien

den zuständigen Gerichten der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage getätigt wurde, zu unterbreiten.

(3) Unter jeder der nachstehend genannten Voraussetzungen kann die Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden:

- a) Auf Verlangen einer Streitpartei, wenn binnen 18 Monaten seit Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gemäß Absatz 2 eine Sachentscheidung des angerufenen Gerichts nicht vorliegt
oder
wenn eine derartige Entscheidung vorliegt, die Meinungsverschiedenheit zwischen den Streitparteien aber fortbesteht;
- b) wenn beide Streitparteien sich darauf geeinigt haben.

(4) Sofern die Streitparteien nicht anderes vereinbart haben, werden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Streitparteien in den in Absatz 3 genannten Fällen entweder einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten oder einem Ad hoc-Schiedsgericht nach den UNCITRAL-Schiedsregeln einvernehmlich unterworfen. Kommt binnen drei Monaten, nachdem eine Streitpartei die Einleitung eines Schiedsverfahrens verlangt hat, keine Einigung zustande, so wird die Meinungsverschiedenheit, sofern beide Vertragsparteien Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten sind, einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen. Anderenfalls wird die Meinungsverschiedenheit dem vorgenannten Ad hoc-Schiedsgericht unterworfen.

(5) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage dieses Vertrags und gegebenenfalls anderer zwischen den Vertragsparteien geltender Übereinkünfte, des nationalen Rechts der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage belegen ist, einschließlich der Regeln des Internationalen Privatrechts und der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Völkerrechts.

(6) Der Schiedsspruch ist bindend und wird gemäß innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Artikell 11

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

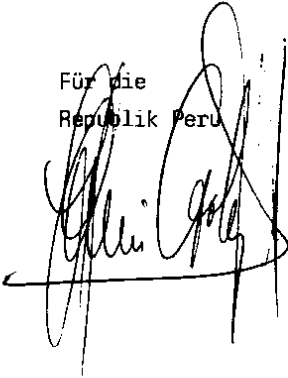
(1) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsstaaten einander notifiziert haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieser Vertrag bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf der zehn Jahre schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten seine Bestimmungen für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu *Lima* am *30. Januar 1995*
in zwei Urschriften, jede in spanischer und deutscher Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Republik Peru



Für die
Bundesrepublik Deutschland



Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Peru und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den an die Küste angrenzenden Meeresgebieten der jeweiligen Vertragspartei, soweit diese Vertragspartei in Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung und dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse in diesen Gebieten ausüben darf.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als "Betätigung" im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch in Artikel 4 genannte Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

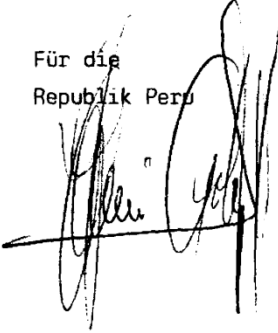
(5) Zu Artikel 5

Als "unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Geschehen zu *Lima* am *30. Januar 1995*
in zwei Urschriften, jede in spanischer und deutscher Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Republik Peru



Für die
Bundesrepublik Deutschland



[TEXT IN SPANISH - TEXTE EN ESPAGNOL]

**CONVENIO ENTRE LA REPUBLICA DEL PERU Y LA REPUBLICA
FEDERAL DE ALEMANIA SOBRE PROMOCION Y PROTECCION RECIPROCA
DE INVERSIONES**

La República del Perú y la República Federal de Alemania, en adelante denominadas "Las Partes Contratantes",

Deseosas de intensificar la cooperación económica para el beneficio mutuo de ambos países,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes en el territorio de la otra Parte Contratante,

Reconociendo que la promoción y la protección de esas inversiones mediante un Convenio pueden servir de estímulo a la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos.

HAN CONVENIDO LO SIGUIENTE:

ARTICULO 1

Para los efectos del presente Convenio:

(1) "Inversión" designa todo tipo de activo definido de acuerdo con las leyes y reglamentaciones de la Parte Contratante en cuyo territorio se realizó la inversión; esto incluye en particular pero no exclusivamente:

(a) La propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, tales como hipotecas y derechos de prenda;

(b) Acciones o derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;

(c) Derechos a fondos empleados para crear un valor económico o a prestaciones bajo contrato y derechos otorgados por ley, que tengan un valor económico;

(d) Derechos de propiedad intelectual e industrial, tales como derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, modelos y diseños industriales, marcas, nombres comerciales, procedimientos y conocimientos tecnológicos patentados o no, documentos técnicos e instrucciones, know how y goodwill;

(e) Las concesiones otorgadas, por ley o contrato, por las Partes Contratantes o sus entidades públicas para el ejercicio de una actividad económica, incluidas las concesiones de prospección, exploración y explotación de los recursos naturales.

Las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan su carácter de inversión.

(2) "Ganancias" designa a la sumas obtenidas de una inversión, tales como utilidades, intereses, dividendos, regalías y otros ingresos.

(3) El concepto de "Nacionales" designa:

(a) Con referencia a la República del Perú:
Los peruanos de acuerdo a lo establecido en la Constitución Política del Perú;

(b) Con referencia a la República Federal de Alemania:
Los alemanes de acuerdo a lo establecido en la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;

(4) "Sociedades" designa a todas las personas jurídicas, incluidas las sociedades civiles y comerciales y demás asociaciones con personería jurídica o sin ella, que tengan su sede en el territorio de una de las Partes Contratantes, independientemente que su actividad tenga o no fines lucrativos.

ARTICULO 2

(1) Cada una de las Partes Contratantes promoverá dentro de su territorio las inversiones de nacionales y sociedades de la otra Parte Contratante y las admitirá de conformidad con sus leyes y reglamentaciones. Cada Parte Contratante asegurará un tratamiento justo y equitativo para las inversiones de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante.

(2) Ninguna de las Partes Contratantes perjudicará en su territorio la administración, la utilización, el uso, o el aprovechamiento de las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

(3) Las inversiones realizadas por nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes en el territorio de la otra Parte Contratante, de conformidad con las leyes y reglamentaciones de ésta última, gozarán de la plena protección de este Convenio.

ARTICULO 3

(1) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante o las inversiones en las que mantengan participaciones los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones de nacionales y sociedades de terceros Estados.

(2) Ninguna de las Partes Contratantes someterá, en su territorio, a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con inversiones, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

(3) Dicho trato no se extenderá a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común, una zona libre de comercio, por su asociación con tales agrupaciones o acuerdos internacionales similares.

(4) El trato convenido por el presente artículo no se extenderá a los beneficios y ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de la celebración de Convenios o Acuerdos para evitar la doble imposición u otros acuerdos en materia impositiva.

ARTICULO 4

(1) Las inversiones de los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y seguridad jurídica en el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Las inversiones de nacionales o sociedades de una Parte Contratante efectuadas de conformidad con el presente Convenio, no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas o sometidas a otras medidas que en sus efectos equivalgan a expropiación o nacionalización, salvo por causa de necesidad pública y, en tal caso, deberán ser indemnizadas.

(3) La indemnización deberá corresponder al valor de la inversión expropiada o nacionalizada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o medida equivalente. La indemnización deberá abonarse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago efectivo, según el tipo usual de interés bancario; deberá de ser realizable y libremente transferible.

(4) La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equivalente, el monto de la indemnización y cualquier otra cuestión relacionada podrán ser revisadas en un procedimiento judicial ordinario.

(5) Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional, estado de sitio e insurrección, en el territorio de la otra Parte Contratante, serán tratados por ésta última no menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo que respecta a restituciones, compensaciones, indemnizaciones u otros resarcimientos. Estos pagos deberán ser libremente transferibles.

(6) En lo que concierne a las materias regidas por este artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de la nación más favorecida.

ARTICULO 5

(1) Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relacionados con una inversión, especialmente:

(a) el capital de la inversión y las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión;

(b) las ganancias;

(c) la amortización de los préstamos definidos en el inciso c) del apartado 1 del artículo 1 del presente Convenio, así como sus intereses;

(d) el producto de la venta o liquidación total o parcial de la inversión;

(e) las indemnizaciones previstas en el artículo 4.

(2) La transferencia se efectuará en moneda libremente convertible, sin restricción ni demora al tipo de cambio aplicable en cada caso. Dicho tipo de cambio no deberá diferir sustancialmente del tipo cruzado (cross rate) de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría si en la fecha de pago se cambiaran las monedas de los países interesados en derechos especiales de giro.

ARTICULO 6

Si una de las Partes Contratantes efectúa pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada por una inversión contra riesgos no comerciales en el territorio de la otra Parte Contratante, esta última, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 9 corresponderían a la primera Parte Contratante, reconocerá la subrogación en todos los derechos de aquellos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal o por acto jurídico. Asimismo, la otra Parte Contratante reconocerá la causa y el alcance de la subrogación de la primera Parte Contratante en la posición legal del titular anterior. Para la transferencia de los pagos en virtud de los derechos transferidos regirá, mutatis mutandis, el artículo 5 de este Convenio.

ARTICULO 7

(1) Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes o de lo convenido por las Partes Contratantes más allá de lo acordado en el presente Convenio, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Convenio, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Convenio, en cuanto sea más favorable.

(2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

ARTICULO 8

El presente Convenio se aplicará, también, a los asuntos surgidos después de su entrada en vigor relacionados con inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante en el territorio de la otra Parte Contratante de acuerdo a sus leyes y reglamentaciones, antes de la entrada en vigor del Convenio.

ARTICULO 9

(1) Las controversias que surgieran entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Convenio deberán, en lo posible, ser dirimidas por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes, a través de sus canales diplomáticos.

(2) Si una controversia no pudiere ser resuelta de esa manera, será sometida a un tribunal arbitral a petición de una de las Partes Contratantes.

(3) El tribunal arbitral será constituido ad-hoc. Cada Parte Contratante nombrará un miembro y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como Presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses y el Presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que cada una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la controversia a un tribunal arbitral.

(4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuese nacional de una de las Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes, efectuar los nombramientos.

(5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral. Los gastos del Presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. El tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

(6) Si un nacional o una sociedad de una de las Partes Contratantes y la otra Parte Contratante hubieren sometido una controversia a un competente tribunal internacional de arbitraje o al competente tribunal de esta Parte Contratante de acuerdo a las disposiciones del artículo 10 del presente Convenio, la primera Parte Contratante no iniciará un procedimiento arbitral sobre el mismo asunto, a menos que la otra Parte Contratante no acate y cumpla con el laudo o sentencia dictada.

ARTICULO 10

(1) Las controversias que surgieran entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante en relación con las inversiones en el sentido del presente Convenio, deberán, en lo posible, ser dirimidas entre las Partes en la controversia.

(2) Si una controversia en el sentido del párrafo 1 no pudiera ser resuelta dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes en la controversia la haya promovido, será sometida a petición de una de ellas a los tribunales competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio se realizó la inversión.

(3) La controversia podrá ser sometida a un tribunal arbitral internacional en cualquiera de las circunstancias siguientes:

(a) A petición de una de las Partes de la controversia, cuando no exista una decisión sobre el fondo después de transcurridos dieciocho meses, contados a partir de la iniciación del proceso judicial previsto por el apartado 2 de este artículo, o cuando exista tal decisión pero la controversia subsista entre las Partes:

(b) Cuando ambas Partes en la controversia así lo hayan convenido.

(4) En los casos previstos por el párrafo 3 anterior, las controversias entre las Partes, en el sentido de este artículo, se someterán de común acuerdo, cuando las partes en la controversia no hubiesen acordado otra cosa, sea a un procedimiento arbitral en el marco del "Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados", de 18 de marzo de 1965, o a un tribunal arbitral ad-hoc establecido de conformidad con las reglas de la Comisión de la Naciones Unidas para el Derecho Mercantil Internacional (C.N.M.U.D.I.).

Si después de un período de tres meses a partir de que una de las Partes hubiese solicitado el comienzo del procedimiento arbitral no se hubiese llegado a un acuerdo, la controversia será sometida a un procedimiento arbitral en el marco del "Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados", de 18 de marzo de 1965, siempre y cuando ambas Partes Contratantes sean parte de dicho Convenio. En caso contrario la controversia será sometida al tribunal arbitral ad-hoc antes citado.

(5) El tribunal arbitral decidirá sobre la base del presente Convenio y, en su caso, sobre la base de otros Convenios o Tratados vigentes entre las Partes; del derecho interno de la Parte Contratante en cuyo territorio se realizó la inversión, incluyendo sus normas de Derecho Internacional Privado; y, de los principios generales del Derecho Internacional.

(6) El laudo arbitral será obligatorio y se ejecutará de acuerdo con la legislación interna.

ARTICULO 11

El presente Convenio regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre las Partes Contratantes.

ARTICULO 12

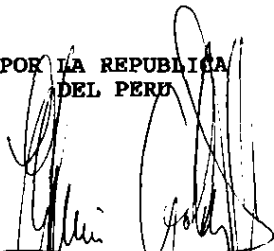
(1) El presente Convenio entrará en vigencia un mes después de la fecha en la cual las Partes Contratantes se hayan notificado mutuamente que las exigencias de sus respectivas legislaciones, para la entrada en vigencia del presente Convenio, se hayan cumplido.

(2) El presente Convenio tendrá una validez de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que una de las Partes Contratantes comunique por escrito a la otra Parte Contratante su intención de darlo por terminado doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Convenio podrá denunciarse en cualquier momento, con un preaviso de doce meses.

(3) Para inversiones realizadas antes de la fecha de terminación del presente Convenio, sus disposiciones seguirán rigiendo durante los quince años subsiguientes a dicha fecha.

Hecho en *Lima*, el *30 de Enero de 1995*
en dos ejemplares, en idiomas castellano y alemán, cada uno,
siendo ambos textos igualmente auténticos.

POR LA REPUBLICA
DEL PERU



~~EFRAIM GOLDENBERG SCHREIBER~~
Presidente del Consejo de
Ministros Y Ministro de
Relaciones Exteriores

POR LA REPUBLICA
FEDERAL DE ALEMANIA



DR. DR. HERIBERT WÖCKEL
Embajador de la República
Federal de Alemania

PROTOCOLO

En el acto de la firma del Convenio entre la República del Perú y la República Federal de Alemania sobre Promoción y Protección Recíproca de Inversiones, los infrascritos plenipotenciarios han adoptado, además, las siguientes disposiciones, que se considerarán como parte integrante del Convenio:

(1) Ad artículo 1

a) Las rentas de una inversión y en el caso de su reinversión también las rentas de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.

b) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por las autoridades competentes de la respectiva Parte Contratante.

(2) Ad artículo 2

El Convenio regirá también en las áreas marítimas adyacentes a las costas de ambas Partes Contratantes en las que ejerzan derechos de soberanía o jurisdicción, de conformidad con sus legislaciones nacionales y el derecho internacional.

(3) Ad artículo 3

a) Como actividades en el sentido del párrafo segundo del artículo 3, se considerarán especial, pero no exclusivamente, la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión. Se considerarán especialmente como "trato menos favorable" en el sentido del artículo 3: la limitación en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como medios de producción y explotación de toda clase, la obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos. No se considerarán como "trato menos favorable" en el sentido del artículo 3 las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, sanidad pública o moralidad.

b) Las disposiciones del artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales, que según las leyes tributarias sólo se conceden a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio de la otra Parte Contratante.

c) Las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de una de las Partes Contratantes que, en relación con una inversión, quieran entrar en el territorio de la otra Parte Contratante; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

(4) Ad artículo 4

El derecho a indemnización, existirá, asimismo, en el caso de que se adopte alguna de las medidas definidas en el artículo 4 respecto de la compañía donde se halle situada la inversión y se produzca, como consecuencia de aquélla, un severo perjuicio que afecte sustancialmente a dicha compañía.

(5) Ad artículo 5

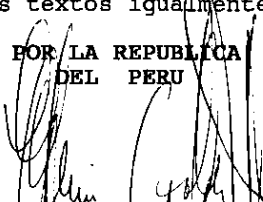
Una transferencia se considera realizada "sin demora" en el sentido del párrafo 2 del artículo 5 cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud.

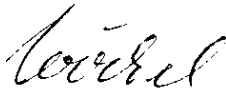
(6) Respecto a los transportes de mercancías y personas en relación con inversiones, cada una de las Partes Contratantes no excluirá ni pondrá trabas a las empresas de transporte de la otra Parte Contratante y, en caso necesario, concederá autorizaciones para la realización de los transportes.

Hecho en *Lima*, el *30 de Enero de 1995*
en dos ejemplares, en idiomas castellano y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

POR LA REPUBLICA
DEL PERU

POR LA REPUBLICA
FEDERAL DE ALEMANIA


~~EFRAIM GOLDENBERG-SCHREIBER~~
Presidente del Consejo de
Ministros Y Ministro de
Relaciones Exteriores


DR. DR. HERIBERT WÖCKEL
Embajador de la República
Federal de Alemania